



**II- 1284 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates**

Republik Österreich  
DER BUNDESKANZLER

Zl.143.110/83-I/4/76

XIV. Gesetzgebungsperiode

wien, am 17. August 1976

**564 IAB**

An den

1976-08-19

Präsidenten des Nationalrates  
Anton BENYA,

zu 623/J

Parlament  
1010 Wien

Die Abgeordneten zum Nationalrat Dr.LEITNER, HUBER,  
Dr.LANNER, REGENSBURGER, WESTREICHER, Dr.KEIMEL und  
Genossen haben am 7. Juli 1976 unter der Nr.623/J an  
mich eine schriftliche Anfrage gerichtet, welche folgenden  
Wortlaut hat:

- "1. Sind Ihnen die wirtschaftlichen Schwierigkeiten,  
welche Osttirol vor allem durch seine Randlage hat,  
bekannt?
2. Sind Sie bereit, diesen Bezirk in die Förderungsmaß-  
nahmen für grenznahe Entwicklungsgebiete einzube-  
ziehen?
3. Wenn nein, sind Sie bereit, für diesen Bezirk gleich-  
artige Förderungsmaßnahmen gemeinsam mit dem Land  
Tirol vorzusehen?"

Ich beeindre mich, diese Anfrage wie folgt zu beantworten.

Zu Frage 1 :

Osttirol lag im Jahre 1971 (jüngere Daten liegen nicht  
vor) mit einem Durchschnittseinkommen je im Bezirk Be-

beschäftigt von öS 83.000,--- (Nettoinlandsprodukt zu Faktorenkosten) mit Imst an letzter Stelle unter den Tiroler Bezirken. Dieses für Tiroler Verhältnisse niedrige Einkommensniveau sowie große Wanderungsverluste und Pendlerdefizite sind vor allem auf Grundprobleme zurückzuführen, die für viele Berggebiete typisch sind:

- Ein zu geringer Industriebesatz und damit eine unausgewogene Beschäftigtenstruktur.
- Eine relativ schwache Fremdenverkehrswintersaison.
- Produktionserschwernisse in der Berglandwirtschaft.
- Abgelegenheit vieler Siedlungen.
- Ökologische Probleme und natürliche Gefahren.
- Große Interessenskonflikte im Zusammenhang mit der Errichtung von Schutzgebieten und Kraftwerken.

Aus gesamtösterreichischer Sicht lag der pol. Bezirk Lienz unter 98 Bezirken bzw. Statutarstädten an 50. Stelle, also im Mittelfeld (das niedrigste Durchschnittseinkommen war öS 45.800,---, das höchste öS 126.400,---).

Zu Frage 2 :

Das vom Ministerrat beschlossene "ERP-Sonderprogramm zur Schaffung von industriell-gewerblichen Arbeitsplätzen in Kohlenbergbaugebieten bzw. Kupfererzbergbaugebiet Mitterberg/Salzburg und in grenznahen Entwicklungsgebieten des Mühlviertels, des Wald- und Weinviertels, des Burgenlandes, der Süd- und Oststeiermark und Teilen Kärntens" ist in Bezug auf die Grenzgebiete auf die Räume beschränkt, die auf Vorschlag der Länder im Rahmen der Österreichischen Raumordnungskonferenz abgegrenzt wurden. Da Osttirol nicht dazu gehört, ist eine Einbeziehung in das genannte Sonderprogramm nicht möglich.

- 2 -

Zu Frage 3 :

Der Herr Landeshauptmann von Tirol hat mir vor kurzem das "Tiroler Memorandum an die Bundesregierung" übermittelt. Dieses Memorandum enthält eine Fülle von Forderungen, darunter auch die nach Einbeziehung der politischen Bezirke Lienz, Landeck, Imst und Reutte in die Grenzlandförderung des Bundes.

Im Rahmen der Behandlung dieses Memorandums werden die Fragen in Bezug auf eventuelle zusätzliche Förderungsmaßnahmen in Tirol geklärt werden müssen, vor allem die Frage der regionalen Förderungsprioritäten aus der Sicht der Tiroler Landesregierung.

In Anbetracht der im allgemeinen in Berggebieten auftretenden besonderen Planungsprobleme, in Osttirol verstärkt durch die großen Interessenskonflikte im Zusammenhang mit der geplanten Errichtung des Nationalparkes Hohe Tauern und des Kraftwerkes in Kals, wird es auch erforderlich sein, den Förderungsmaßnahmen abgestimmte Vorstellungen über die weitere Entwicklung der Problemgebiete zugrunde zu legen.

